



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein
18. Dezember 2020

Fünfundsiebzigste Tagung
Tagesordnungspunkt 39
Die Situation in Afghanistan

Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 10. Dezember 2020

[ohne Überweisung an einen Hauptausschuss ([A/75/L.45](#) und [A/75/L.45/Add.1](#))]

75/90. Die Situation in Afghanistan

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution [74/9](#) vom 27. November 2019 und alle ihre früheren einschlägigen Resolutionen,

sowie unter Hinweis auf alle einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und Erklärungen der Ratspräsidentschaft zur Situation in Afghanistan, insbesondere die Resolutionen [2189 \(2014\)](#) vom 12. Dezember 2014, [2210 \(2015\)](#) vom 16. März 2015, [2274 \(2016\)](#) vom 15. März 2016, [2344 \(2017\)](#) vom 17. März 2017, [2405 \(2018\)](#) vom 8. März 2018, [2489 \(2019\)](#) vom 17. September 2019, [2513 \(2020\)](#) vom 10. März 2020 und [2543 \(2020\)](#) vom 15. September 2020,

in Bekräftigung ihres nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Afghanistans sowie unter Achtung seines multikulturellen, multiethnischen und historischen Erbes,

unter Begrüßung der Anstrengungen, die Afghanistan im Rahmen der Transformationsdekade (2015-2024) unternimmt, um seine Souveränität durch die Stärkung eines vollständig funktionierenden, tragfähigen Staates im Dienste seines Volkes zu festigen, mit dem Ziel, die vollständige Eigenständigkeit zu erlangen,

unter Hinweis darauf, wie wichtig es ist, die Institutionen der Regierung der Islamischen Republik Afghanistan (im Folgenden „Regierung Afghanistans“) weiterzuentwickeln, auch unterhalb der nationalen Ebene, die Rechtsstaatlichkeit, die demokratischen Prozesse und die Zivilgesellschaft zu stärken, die Korruption zu bekämpfen, den Justizsektor weiter zu reformieren, einen inklusiven Friedensprozess unter afghanischer Führungs- und Eigenverantwortung zu fördern, einschließlich der vollen und konstruktiven Mitwirkung der Frauen und Jugendlichen am Friedensprozess, im Einklang mit den Resolutionen [1325 \(2000\)](#) vom 31. Oktober 2000 und [2250 \(2015\)](#) vom 9. Dezember 2015 und den späteren diesbezüglichen Resolutionen, und einen Prozess der Unrechtsaufarbeitung unter afghanischer Führung zu fördern, für die sichere, freiwillige, würdevolle und dauerhafte Rückkehr



der afghanischen Flüchtlinge und Binnenvertriebenen zu sorgen, alle Menschenrechte unter voller Einhaltung der völkerrechtlichen Verpflichtungen Afghanistans zu fördern und zu schützen, einschließlich der Rechte der Frauen und Mädchen, inter- und innerreligiöse Toleranz zu gewährleisten und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern,

in Bekräftigung der langfristig angelegten Partnerschaft zwischen der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft auf der Grundlage ihres strategischen Konsenses und ihrer gegenseitigen Verpflichtungen, die durch den auf der Afghanistan-Konferenz von 2020 am 23. und 24. November 2020 in Genf verabschiedeten Partnerschaftsrahmen für Afghanistan überarbeitet und erneuert wurden, mit dem Ziel, die nationale Eigen- und Führungsverantwortung weiter zu stärken, und unter Begrüßung der Afghanistan-Konferenz von 2020, die den internationalen Partnern Gelegenheit bot, beiden Seiten der laufenden Friedensverhandlungen Afghanistans zu signalisieren, dass es zwar Sache des afghanischen Volkes ist, über den Charakter der künftigen politischen Lösung zu entscheiden, das Ergebnis der Friedensverhandlungen, das den Schutz der Rechte aller Afghaninnen und Afghanen, insbesondere der Frauen, jungen Menschen und Minderheiten, beinhalten muss, jedoch die Zukunft der internationalen Unterstützung und Hilfe prägen wird,

sowie in Bekräftigung der Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft, die Ausbildung, Ausrüstung, Finanzierung und Kapazitätsentwicklung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte weiterhin zu unterstützen, wie unter anderem in den Gipfelerklärungen der Nordatlantikvertrags-Organisation zu Afghanistan vereinbart, und im Gedenken an die Männer und Frauen der afghanischen und der internationalen Sicherheitskräfte, die in Ausübung ihres Dienstes ums Leben kamen,

mit dem erneuten Ausdruck ihrer ernsthaften Besorgnis über die Sicherheitslage in Afghanistan und erneut erklärend, dass die Herausforderungen in Afghanistan dringend angegangen werden müssen, insbesondere die Gewalttaten, die Angriffe und alle Formen terroristischer und krimineller Aktivitäten und alle gewaltsamen und rechtswidrigen Angriffe und Tötungen, die in der Region von den Taliban, einschließlich des Haqqani-Netzwerks, sowie von Al-Qaida, der Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante (ISIL) (Daesh) und den mit ihnen verbundenen Organisationen, insbesondere ISIL-Provinz Khorasan, und anderen terroristischen Gruppen und ausländischen terroristischen Kämpfern durchgeführt werden,

mit dem Ausdruck ihrer tiefen Besorgnis über die vom Terrorismus ausgehende Bedrohung für Afghanistan und die Region, mit dem Ausdruck ihrer ersten Besorgnis über die anhaltende Präsenz Al-Qaidas, der Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante (ISIL) (Daesh) und anderer internationaler terroristischer Organisationen und der mit ihnen verbundenen Gruppen in Afghanistan, unter entschiedenster Verurteilung aller terroristischen Aktivitäten und aller Terroranschläge und bekräftigend, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass das Hoheitsgebiet Afghanistans nicht von Al-Qaida, ISIL oder anderen internationalen terroristischen Gruppen und den mit ihnen verbundenen Organisationen benutzt wird, um ein Land zu bedrohen oder anzugreifen, und dass weder die Taliban noch andere afghanische Einrichtungen oder Personen Terroristen unterstützen, die im Hoheitsgebiet eines anderen Landes operieren,

mit tiefer Besorgnis das anhaltend hohe Maß der Gewalt in Afghanistan *verurteilend*, insbesondere die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung und der gezielten Morde, darunter die anhaltend große Zahl getöteter und verstümmelter Frauen und Kinder, nachdrücklich eine sofortige Reduzierung des derzeitigen Ausmaßes an Gewalt fordernd, unter entschiedenster Verurteilung aller terroristischen Aktivitäten und aller gewaltsamen und rechtswidrigen Angriffe und Tötungen, daran erinnernd, dass die Taliban, einschließlich des Haqqani-Netzwerks, sowie Al-Qaida, die Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante (ISIL) (Daesh) und die mit ihnen verbundenen Organisationen, insbesondere ISIL-

Provinz Khorasan, und andere terroristische Gruppen und ausländische terroristische Kämpfer die deutlich meisten der zivilen Opfer in Afghanistan zu verantworten haben, darunter auch humanitäres und Sanitätspersonal, mit der Aufforderung, das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen einzuhalten, alle am bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordernd, alle notwendigen und zweckmäßigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Achtung des Schutzes der humanitären Hilfseinrichtungen und der medizinischen Einrichtungen zu gewährleisten, und nachdrücklich fordernd, dass glaubwürdige Berichte über Opfer unter der Zivilbevölkerung eingehend untersucht und alle nötigen Schritte unternommen werden, um solche Vorfälle zu verhüten und Rechenschaft zu gewährleisten,

es begrüßend, dass die Regierung Afghanistans und die Taliban für die Feiertage Id al-Fitr und Id al-Adha jeweils eine Zeit der Waffenruhe angekündigt und eingehalten haben, mit der Aufforderung an alle afghanischen Akteure, die Feindseligkeiten sofort bedingungslos einzustellen und sich anhaltend um eine Verringerung und Beendigung der Gewalt zu bemühen, ferner mit der Aufforderung zur Umsetzung der Empfehlungen des Generalsekretärs in seinem Aufruf zu einer globalen Waffenruhe, den der Sicherheitsrat in den Resolutionen [2532 \(2020\)](#) vom 1. Juli 2020 und [2543 \(2020\)](#) unterstützte, und Kenntnis nehmend von der von 170 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, einem Beobachterstaat ohne Mitgliedschaft und einem Beobachterstaat abgegebenen Unterstützungserklärung,

in dem Bewusstsein, dass ein tragfähiger Frieden nur durch einen umfassenden und inklusiven politischen Prozess unter afghanischer Führungs- und Eigenverantwortung erzielt werden kann, der auf eine dauerhafte und umfassende Waffenruhe sowie eine inklusive politische Lösung zur Beendigung des Konflikts in Afghanistans abzielt, um die vom Volk Afghanistans seit 2001 erzielten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften, nicht zuletzt die Verfassung Afghanistans, und ihre Errungenschaften im Bereich der Menschenrechte und der Grundfreiheiten zu bewahren und darauf aufzubauen und die Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit, verfassungsmäßige Ordnung und nationale Einheit eines demokratischen Afghanistans zu stärken, das mit sich selbst, der Region und der Welt in Frieden lebt,

unter Begrüßung der Anstrengungen der Regierung Afghanistans zur Förderung eines Friedensprozesses unter afghanischer Führungs- und Eigenverantwortung, einschließlich der Einberufung der beratenden Loya Jirga im August 2020 und der Freilassung von Gefangenen, und unter Begrüßung der Anstrengungen anderer maßgeblicher Akteure bei der Vermittlung innerafghanischer Verhandlungen, die zum Beginn der Friedensverhandlungen Afghanistans am 12. September 2020 in Doha (Katar) führten,

feststellend, dass das Islamische Emirat Afghanistan von den Vereinten Nationen nicht anerkannt wird und dass die Generalversammlung ferner die Wiederherstellung des Islamischen Emirats Afghanistan nicht unterstützt,

unter Begrüßung der Erfolge der Regierung Afghanistans im Hinblick auf Reformen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich sowie bei der Regierungsführung und der Steuerung der Transition, unter Hervorhebung der Notwendigkeit, das bereits Erreichte zu erhalten, in dieser Hinsicht nachdrücklich zu weiteren Verbesserungen auffordernd, insbesondere bei der Armutsbekämpfung, der Erbringung von Diensten, der Förderung des Wirtschaftswachstums, der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, der Korruptionsbekämpfung, der Erhöhung der Transparenz, der Steigerung der inländischen Einnahmen und der Förderung und Umsetzung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen zum Schutz aller Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Meinungsfreiheit, namentlich auch für journalistisch tätige Personen, der Rechte des Kindes, des vollen und gleichberechtigten Genusses der Rechte durch Frauen

und der Rechte der Angehörigen von Minderheiten, wie in der Verfassung Afghanistans vorgesehen und im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsverträgen,

in dem Bewusstsein, dass die Ausbreitung der Coronavirus-Krankheit (COVID-19) verheerende Folgen für Afghanistan hat, eine große Herausforderung für das Gesundheitssystem und die sozioökonomische und humanitäre Lage des Landes darstellt und die Nahrungsmittelkrise verschärft, davon Kenntnis nehmend, dass der Plan für globale humanitäre Maßnahmen in Reaktion auf COVID-19 aufgelegt wurde, in Anerkennung der Anstrengungen und Maßnahmen der Regierung Afghanistans in Reaktion auf COVID-19 und ferner anerkennend, dass es der Unterstützung aller afghanischen Parteien und der internationalen Gemeinschaft bedarf, um die kurz- und langfristigen Folgen der Pandemie anzugehen, einschließlich des uneingeschränkten, sicheren und ungehinderten Zugangs zu medizinischen Diensten und humanitärer Hilfe,

betonend, wie wichtig die regionale Zusammenarbeit ist, um langfristig Stabilität, Frieden, Sicherheit, Wohlstand, nachhaltige Entwicklung und die Menschenrechte in Afghanistan zu fördern, und unter Begrüßung der Anstrengungen der internationalen Partner und der Staaten der Region und der Nachbarländer zur Förderung des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands in Afghanistan,

sowie unter Hervorhebung der zentralen und unparteiischen Rolle, die die Vereinten Nationen bei der Förderung des Friedens und der Stabilität in Afghanistan wahrnehmen, mit dem Ausdruck ihrer Anerkennung und nachdrücklichen Unterstützung für alle diesbezüglichen Bemühungen des Generalsekretärs und seiner Sonderbeauftragten für Afghanistan sowie mit dem Ausdruck ihrer Anerkennung für die Arbeit der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan im Einklang mit Resolution 2543 (2020) des Sicherheitsrats und unter Betonung der wichtigen Rolle der Mission bei den Bestrebungen zur weiteren Verbesserung der Kohärenz und der Koordinierung der internationalen zivilen Maßnahmen, auf der Grundlage des Ansatzes der einheitlichen Präsenz der Vereinten Nationen und geleitet von dem Grundsatz, die afghanische Eigen- und Führungsverantwortung zu stärken,

unter Begrüßung der Berichte des Generalsekretärs und der darin enthaltenen Empfehlungen,

1. *verpflichtet sich* gegenüber der Regierung und dem Volk Afghanistans, *sie auch weiterhin dabei zu unterstützen*, als verantwortungsvolles Mitglied der internationalen Gemeinschaft einen stabilen, sicheren und wirtschaftlich eigenständigen, von Terrorismus, Suchtstoffen, grenzüberschreitender organisierter Kriminalität, einschließlich Menschenhandels, und Korruption freien Staat wiederaufzubauen und die Grundlagen einer konstitutionellen Demokratie zu stärken;

2. *ermutigt* alle Partner, die Reformagenda der Regierung Afghanistans konstruktiv zu unterstützen, wie in dem Nationalen Rahmenplan für Frieden und Entwicklung in Afghanistan II und dem auf der Afghanistan-Konferenz von 2020 in Genf verabschiedeten Partnerschaftsrahmen für Afghanistan vorgesehen, um ein prosperierendes und demokratisches Afghanistan sicherzustellen, und dabei den Schwerpunkt auf die Stärkung der in der Verfassung verankerten Kontrollmechanismen zu legen, die die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten garantieren, und Strukturreformen durchzuführen, damit eine rechenschaftspflichtige und effektive Regierung konkrete Fortschritte im Hinblick auf die Eigenständigkeit der Bevölkerung erzielen kann;

3. *unterstützt* es, dass die Regierung Afghanistans weiter und in zunehmendem Maße die Eigenverantwortung für die Wiederaufbau- und Entwicklungsbemühungen übernimmt, betont, dass es im Hinblick auf eine wirksamere Nutzung der Hilfe, der Stabilisierungs- und der Entwicklungsfinanzierung unbedingt erforderlich ist, Eigenverantwortung und Rechenschaftslegung auf allen Gebieten der Regierungsführung zu erreichen und die

institutionelle Kapazität zu verbessern, auch unterhalb der nationalen Ebene, und wiederholt in dieser Hinsicht, wie wichtig die wirksame Umsetzung der gegenseitigen Verpflichtungen der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft ist, wie im Partnerschaftsrahmen für Afghanistan unterstrichen;

4. *unter Begrüßung* der Verabschiedung des Partnerschaftsrahmens für Afghanistan auf der in Genf abgehaltenen Afghanistan-Konferenz von 2020, in dem der Grundsatz der Partnerschaft als grundlegendes Element der Bereitstellung wirksamer Unterstützung unterstrichen wird und die Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung der Hilfe in den letzten Jahren der Transformationsdekade (2015-2024) festgelegt werden;

5. *betont*, dass die Bedrohungen der Stabilität und der Entwicklung in Afghanistan und der Region eine engere und besser koordinierte Zusammenarbeit sowie eine stärkere Kohärenz und Komplementarität der Ansätze der Länder der Region und der internationalen Gemeinschaft erfordern, damit es langfristig Frieden, Sicherheit, Wohlstand und nachhaltige Entwicklung in dem Land geben kann, und unterstreicht in dieser Hinsicht die Bedeutung Afghanistans als Plattform für diese internationale Zusammenarbeit;

Sicherheit

6. *bekundet abermals ihre ernste Besorgnis* über das anhaltend hohe Maß der Gewalt und die Sicherheitslage in Afghanistan, unterstreicht die Notwendigkeit, auch weiterhin gegen die Bedrohung der Sicherheit und Stabilität Afghanistans vorzugehen, die von der Gewalt durch die Taliban, einschließlich des Haqqani-Netzwerks, sowie Al-Qaida, die Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante (ISIL) (Daesh) und die mit ihnen verbundenen Organisationen, insbesondere ISIL-Provinz Khorasan, und andere terroristische und kriminelle Gruppen, einschließlich derjenigen, die am Suchtstoffhandel beteiligt sind, sowie ausländische terroristische Kämpfer ausgeht, bekundet ferner ihre ernste Besorgnis über die steigende Anzahl feiger und abscheulicher Anschläge, zu denen diese terroristische Gruppen sich bekannt haben, einschließlich der Tötung afghanischer Staatsangehöriger, und ihre beklagenswerten Versuche, die Beziehungen zwischen den Gemeinschaften zu untergraben, was eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit Afghanistans und der Länder der Region darstellt, würdigt die Fortschritte der Regierung Afghanistans bei der Bekämpfung dieser Bedrohungen in dem Land, fordert eine verstärkte regionale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung dieser Gruppen, bekräftigt ihre Unterstützung für weitere diesbezügliche Anstrengungen und fordert erneut die vollständige und ernsthafte Durchführung der Maßnahmen und die Anwendung der Verfahren, die in den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats, insbesondere den Resolutionen [1267 \(1999\)](#) vom 15. Oktober 1999, [1988 \(2011\)](#) und [1989 \(2011\)](#) vom 17. Juni 2011, [2082 \(2012\)](#) und [2083 \(2012\)](#) vom 17. Dezember 2012, [2160 \(2014\)](#) und [2161 \(2014\)](#) vom 17. Juni 2014, [2178 \(2014\)](#) vom 24. September 2014, [2253 \(2015\)](#) vom 17. Dezember 2015, [2255 \(2015\)](#) vom 21. Dezember 2015, [2368 \(2017\)](#) vom 20. Juli 2017 und [2396 \(2017\)](#) vom 21. Dezember 2017, festgelegt wurden;

7. *verurteilt auf das Entschiedenste* alle widerrechtlichen Gewalt- und Einschüchterungshandlungen und Angriffe, darunter Anschläge mit behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen, Selbstmordanschläge, Morde, einschließlich an Personen der Öffentlichkeit, Entführungen, unterschiedslose Angriffe auf Zivilpersonen, Gewalttaten gegen Frauen und Kinder sowie sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, Tötungen, Angriffe auf Einzelpersonen, Mediengruppen und Organe der Gesellschaft, die sich für die Förderung und den Schutz der allgemein anerkannten Menschenrechte einsetzen, Angriffe auf diplomatisches und konsularisches Personal und entsprechende Einrichtungen, Angriffe auf Entwicklungshilfe,- humanitäres und Sanitätspersonal und zivile Infrastruktureinrichtungen, einschließlich Schulen, Universitäten und anderer Bildungseinrichtungen, Krankenstationen und Krankenhäusern, darunter Geburtskliniken und -stationen, sowie gezielte Angriffe auf afghanische und

internationale Truppen, die schädliche Auswirkungen auf die Stabilisierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Afghanistan haben, und verurteilt die Benutzung von Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde;

8. *würdigt* die Fortschritte der Regierung Afghanistans bei der Bekämpfung der Bedrohungen für die Sicherheit in dem Land und anerkennt in dieser Hinsicht die Erfolge der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte, begrüßt, dass die Kräfte die volle Sicherheitsverantwortung übernommen haben, begrüßt ferner, dass sich die Regierung Afghanistans verpflichtet hat, zur Gewährleistung der Stabilität und zur Schaffung der Voraussetzungen für eine wirksame Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte für alle, insbesondere den vollen und gleichberechtigten Genuss dieser Rechte durch Frauen, ihre Sicherheitssektorreform fortzusetzen, indem sie für eine höhere Wirksamkeit und Rechenschaftspflicht bei den Sicherheitsaufgaben, der Führung und der Beaufsichtigung der Kräfte sorgt, günstige Rahmenbedingungen für eine produktive Beteiligung der Frauen am Sicherheitssektor schafft und die afghanische Nationalpolizei in eine wirksame und effiziente Institution für Strafverfolgung, die Wahrung der öffentlichen Ordnung und die Erbringung von Diensten für die Öffentlichkeit transformiert, und begrüßt in dieser Hinsicht die in Bezug auf die afghanischen nationalen Sicherheitsinstitutionen erzielten Fortschritte;

9. *betont*, dass die Regierung Afghanistans, die Länder der Region und die internationale Gemeinschaft weiter in enger Zusammenarbeit und mit verbesserter Koordinierung gegen alle widerrechtlichen Gewalthandlungen und Terroranschläge vorgehen müssen, fordert alle Staaten auf, ihre internationale und regionale Zusammenarbeit zu stärken, um den Informationsaustausch, die Grenzkontrolle, die Strafverfolgung und die Strafrechtspflege zu verbessern und so der Bedrohung, die von ausländischen terroristischen Kämpfern, zurückkehrenden ausländischen terroristischen Kämpfern und der Terrorismusfinanzierung in Afghanistan und der Region ausgeht, besser begegnen zu können, und bekräftigt ihre Unterstützung für weitere diesbezügliche Anstrengungen;

10. *anerkennt* die Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft zur Unterstützung der Ausbildung, Ausrüstung, Finanzierung und Kapazitätsentwicklung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte während der gesamten Transformationsdekade (2015-2024), fordert die internationale Gemeinschaft auf, auch weiterhin die erforderliche Unterstützung zur Stärkung der Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der Strafverfolgung, der Sicherheit der Grenzen Afghanistans sowie der Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der afghanischen Bürgerinnen und Bürger zu leisten und weiter dazu beizutragen, die Kräfte auszubilden, auszustatten und zu finanzieren, um sie in ihrer Mission der Sicherung ihres Landes und der Bekämpfung des Terrorismus zu unterstützen;

11. *erkennt außerdem an*, dass die von der Europäischen Union im Rahmen der anhaltenden internationalen Unterstützung zugunsten von Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in Afghanistan eingegangenen Verpflichtungen eine positive Wirkung zeigen und weiterhin wichtig sind;

12. *begrüßt* die Präsenz der Mission „Resolute Support“, die vom Sicherheitsrat in seiner Resolution [2189 \(2014\)](#) bekräftigt wurde;

13. *dankt* den Verbündeten der Nordatlantikvertrags-Organisation und den internationalen Partnern für die Bereitstellung von Personal, Ausrüstung und sonstigen Ressourcen für die Mission „Resolute Support“ und für die Ausbildung, Ausrüstung, Finanzierung und Kapazitätsentwicklung, die sie den afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräften bereitgestellt haben, und für ihre anhaltende Verpflichtung, bis zum Ende der Transformationsdekade 2024 weiter einzelstaatliche Beiträge zum finanziellen Unterhalt der Kräfte

zu leisten, die Mission aufrechtzuerhalten und auch weiterhin Ausbildung, Beratung und Hilfe für die afghanischen Sicherheitsinstitutionen bereitzustellen;

14. *weist darauf hin*, dass der regionalen Sicherheitszusammenarbeit eine Schlüsselrolle bei der Aufrechterhaltung der Stabilität in Afghanistan und der Region zukommt, begrüßt die von Afghanistan und den regionalen Partnern diesbezüglich erzielten Fortschritte und fordert Afghanistan und die regionalen Partner und Organisationen, einschließlich der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und ihrer Afghanistan-Kontaktgruppe, auf, weitere Anstrengungen zur Stärkung ihrer Partnerschaft und Zusammenarbeit zu unternehmen;

15. *begrüßt* die Bemühungen des Regionalzentrums der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien im Hinblick auf eine regionale Sicherheitszusammenarbeit;

16. *bekräftigt*, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass das Hoheitsgebiet Afghanistans nicht von Al-Qaida, der Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante (ISIL) (Daesh) oder anderen internationalen terroristischen Gruppen und den mit ihnen verbundenen Organisationen genutzt wird, um ein anderes Land zu bedrohen oder anzugreifen, und dass weder die Taliban noch irgendeine andere afghanische Gruppe oder Person Terroristen unterstützen, die im Hoheitsgebiet eines anderen Landes operieren, und fordert alle Mitgliedstaaten auf, diesen Gruppen auf eine mit dem anwendbaren Völkerrecht im Einklang stehende Weise Zuflucht, Handlungsfreiheit, Anwerbung und finanzielle, materielle oder politische Unterstützung zu verweigern;

17. *ist nach wie vor zutiefst besorgt* über die anhaltende Schädigung von Zivilpersonen durch Antipersonenminen, explosive Kampfmittelrückstände und behelfsmäßige Sprengvorrichtungen, begrüßt die bislang erzielten Fortschritte bei der Durchführung des Antiminenprogramms für Afghanistan, das darauf zielt, Afghanistan bis 2023 für minenfrei zu erklären, unterstreicht, wie wichtig die fortgesetzte internationale Hilfe ist, legt der Regierung Afghanistans nahe, mit der Unterstützung der Vereinten Nationen und aller maßgeblichen Akteure ihre Bemühungen fortzusetzen, ihren Verantwortlichkeiten nach dem Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung¹ nachzukommen, bringt ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Taliban und andere Gruppen behelfsmäßige Sprengvorrichtungen gegen Zivilpersonen und die afghanischen Sicherheitskräfte einsetzen, und stellt fest, dass die Koordinierung und der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und dem Privatsektor verstärkt werden müssen, um die Lieferung der Komponenten behelfsmäßiger Sprengvorrichtungen an die Taliban und andere Gruppen zu verhindern;

Frieden und Aussöhnung

18. *in dem Bewusstsein*, dass es keine militärische Lösung gibt und dass ein inklusiver Friedensprozess unter afghanischer Führungs- und Eigenverantwortung, mitgetragen und unterstützt durch alle regionalen Akteure und die internationale Gemeinschaft, für die Herbeiführung langfristigen Friedens und langfristiger Stabilität in Afghanistan unerlässlich ist, begrüßt die Verpflichtungen aller afghanischen Parteien, auf die Aushandlung einer inklusiven politischen Lösung hinzuarbeiten, fordert alle afghanischen Parteien auf, eine dau-

¹ United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2056, Nr. 35597. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1998 II S. 778; LGBI. 1999 Nr. 229; öBGBI. III Nr. 38/1999; AS 2003 3133.

erhafte und umfassende Waffenruhe herbeizuführen, um den Konflikt in Afghanistan zu beenden, die in den letzten zwei Jahrzehnten erzielten Fortschritte auszuweiten und die Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit und nationale Einheit eines demokratischen Afghanistans zu stärken, das mit sich selbst, der Region und der Welt in Frieden lebt, sowie um die verfassungsmäßigen Rechte aller Bürgerinnen und Bürger Afghanistans zu schützen, erklärt erneut ihre feste Entschlossenheit, die Regierung Afghanistans bei ihren diesbezüglichen Anstrengungen zu unterstützen, und dass eine politische Lösung, um erfolgreich zu sein, den Verzicht auf Gewalt und das Abbrechen aller Verbindungen zum internationalen Terrorismus sicherstellen, die Menschenrechte aller, einschließlich Frauen, Kindern und Angehörigen von Minderheiten, im Einklang mit dem Völkerrecht und der Verfassung Afghanistans schützen und ein friedliches und demokratisches Afghanistan aufbauen muss, unter voller Achtung der Durchführung der Maßnahmen und der Anwendung der Verfahren, die vom Sicherheitsrat in seinen einschlägigen Resolutionen festgelegt wurden;

19. *begrüßt* die Anstrengungen der Regierung Afghanistans und aller maßgeblichen afghanischen Akteure zur Vermittlung innerafghanischer Verhandlungen und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen Afghanistans am 12. September 2020 in Doha (Katar) und die bislang von ihnen erzielten Fortschritte, insbesondere die Vereinbarung der Geschäftsordnung zwischen den beiden Verhandlungsparteien am 2. Dezember 2020, verurteilt das anhaltend hohe Maß an Gewalt, das zu einer unannehmbar hohen Opferzahl beiträgt, fordert die sofortige Einstellung der Gewalt, legt den Verhandlungsparteien eindringlich nahe, vertrauensbildende Maßnahmen durchzuführen und die Gewalt zu verringern, und legt den Verhandlungsparteien ferner nahe, weiter beharrlich und bereitwillig nach einer gemeinsamen Grundlage zu suchen und in gutem Glauben auf eine dauerhafte und umfassende Waffenruhe und eine inklusive politische Lösung hinzuwirken, um den Konflikt zu beenden und ein souveränes, geeintes und demokratisches Afghanistan zu schaffen, das zum Nutzen aller Afghaninnen und Afghanen den Weg zum Wohlstand und zur Eigenständigkeit beschreitet;

20. *nimmt mit Anerkennung Kenntnis* von der anhaltenden Unterstützung seitens der Nachbarstaaten und der regionalen und internationalen Partner zur Erleichterung der unter afghanischer Führungs- und Eigenverantwortung stehenden Bemühungen, die auf direkte Friedensgespräche zwischen der Regierung Afghanistans und den Taliban abzielen, und fordert alle Nachbarstaaten, regionalen und internationalen Partner Afghanistans auf, ihre Anstrengungen zur Vermittlung und Unterstützung des inklusiven und produktiven Friedensprozesses unter afghanischer Eigen- und Führungsverantwortung fortzusetzen, in der Erkenntnis, dass nur vereinte und eng abgestimmte internationale Anstrengungen zum Erfolg führen werden, und dabei bekräftigend, wie wichtig das weitere Engagement der Vereinten Nationen in dieser Hinsicht ist;

21. *erinnert* daran, dass Frauen eine entscheidende Rolle im Friedensprozess spielen, wie vom Sicherheitsrat in seiner Resolution [1325 \(2000\)](#) und in damit zusammenhängenden Resolutionen, einschließlich der Resolution [2242 \(2015\)](#) vom 13. Oktober 2015, anerkannt, begrüßt die Schritte der Regierung Afghanistans zur Umsetzung ihres nationalen Aktionsplans für Frauen, Frieden und Sicherheit und zur Stärkung der Rolle der Frauen im Friedensprozess, die in ihrem Beitrag zur Entwicklung der afghanischen Strategie für Frieden und Aussöhnung zum Ausdruck kommt, und legt allen Parteien eindringlich nahe, die Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit weiter umzusetzen, auch durch Unterstützung der vollen, gleichberechtigten und konstruktiven Mitwirkung von Frauen am Friedensprozess, sowohl vor Ort als auch auf höchster Ebene, sowie an der daraus resultierenden politischen Lösung;

22. *fordert* alle afghanischen, regionalen und internationalen Parteien *auf*, diese Friedensbemühungen auch weiterhin zu unterstützen, die wirksame und konstruktive Beteiligung von Frauen, Jugendlichen, Minderheiten, der Zivilgesellschaft und allen Opfern zu

fördern und das, was im Hinblick auf die Staatsbildung, die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Reformen und die Erfüllung der Verpflichtungen und Zusagen bezüglich der Grundfreiheiten und Menschenrechte in Afghanistan bisher erreicht wurde, zu sichern und weiter zu festigen, und fordert alle Interessenträger auf, bereits ab der Frühphase des Friedensprozesses Kinderschutzfragen gebührend zu berücksichtigen und mit Vorrang zu behandeln, insbesondere die Aufnahme von Kinderschutzbestimmungen, die das Kindeswohl und die Behandlung der von bewaffneten Gruppen getrennten Kinder als Opfer nachdrücklich betonen und den Schwerpunkt auf die Wiedereingliederung in die Familien und die Gemeinwesen legen;

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Menschenrechte

23. *betont*, wie wichtig es ist, dass alle Parteien in Afghanistan gemeinsam auf eine von Einigkeit, Frieden, Demokratie und Wohlstand geprägte Zukunft für alle Menschen in Afghanistan hinarbeiten und dass die Rechtsstaatlichkeit, die Demokratie, die Menschenrechte und eine gute Regierungsführung die Grundlage dafür bilden;

24. *erinnert* an die Verpflichtung der Regierung Afghanistans zur Verbesserung und Reformierung des Wahlprozesses in Afghanistan und begrüßt ihre diesbezüglichen Anstrengungen, betont, welche wichtige Rolle den unabhängigen afghanischen Wahlinstitutionen bei der Wahrung der Integrität des Wahlprozesses zukommt, und fordert die Regierung Afghanistans und ihre Institutionen, namentlich die Unabhängige Wahlkommission und die Wahlbeschwerdekommission, auf, ausgehend von den gewonnenen Erkenntnissen die Glaubhaftigkeit und Transparenz zukünftiger Wahlen sicherzustellen und zu diesem Zweck auch weiterhin Wahlreformen und weitere technische und operative Verbesserungen durchzuführen, die erforderlich sind, um das Vertrauen der Wählerschaft zu stärken;

25. *begrüßt* den zunehmend breiten und umfassenden Dialog über den politischen Übergang mit dem Ziel gestärkter Einigkeit des afghanischen Volkes, der seine Diversität und Gleichberechtigung achtet, und unterstreicht, wie wichtig er für die Festigung der repräsentativen Demokratie und der Sicherheit und politischen Stabilität Afghanistans ist;

26. *fordert* die Regierung Afghanistans *auf*, die öffentliche Verwaltung weiter zu reformieren, um die Rechtsstaatlichkeit zu verwirklichen und für gute Regierungsführung und Rechenschaftspflicht zu sorgen, und begrüßt ihre diesbezüglichen Zusagen, Anstrengungen und Fortschritte;

27. *verweist* auf die völkerrechtlichen Verpflichtungen Afghanistans, insbesondere nach den Menschenrechten, dem Flüchtlings- und dem humanitären Recht und seiner Verfassungsgarantie der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Afghaninnen und Afghanen ohne jegliche Diskriminierung, betont, dass die Menschenrechtsbestimmungen der Verfassung Afghanistans, namentlich diejenigen, die den vollen Genuss der Menschenrechte durch Frauen und Mädchen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten betreffen, uneingeschränkt angewandt werden müssen, und erkennt die diesbezüglichen Anstrengungen der Regierung Afghanistans an;

28. *würdigt*, dass Afghanistan Mitglied des Menschenrechtsrats ist, und begrüßt, dass das Land sich der Verpflichtung und der Verantwortung stellt, im Rahmen der einschlägigen internationalen Menschenrechtsübereinkünfte, deren Vertragspartei es ist, die Menschenrechte auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene einzuhalten und zu fördern;

29. *bekundet erneut ihre Besorgnis* über die destruktiven Auswirkungen, die gewaltsame und terroristische Aktivitäten, einschließlich solcher, die sich gegen Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten richten, auf den Genuss der Menschenrechte und auf

die Fähigkeit der Regierung haben, die Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Afghaninnen und Afghanen zu gewährleisten, und betont, dass Toleranz weiter gefördert werden muss und dass die Achtung des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich für journalistisch Tätige, und des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit gemäß der Verfassung Afghanistans und den internationalen Pakten und den jeweiligen Protokollen, deren Vertragspartei Afghanistan ist, gewährleistet werden muss;

30. *hebt* die Notwendigkeit *hervor*, die Vorwürfe über aktuelle und vergangene Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen in Afghanistan zu untersuchen, und unterstreicht, wie wichtig es ist, die Bereitstellung effizienter und wirksamer Rechtsbehelfe für die Opfer zu erleichtern und die Tatverantwortlichen im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht und dem Völkerrecht vor Gericht zu stellen;

31. *unterstützt* die Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes über die Massenmedien, das freie Medien gewährleistet, nimmt gleichzeitig mit Besorgnis zur Kenntnis und verurteilt, dass afghanische Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende weiter Zielscheibe von Einschüchterung und Gewalt sind, wie etwa in Fällen von Entführung und Tötung von journalistisch Tätigen, verurteilt unmissverständlich alle Angriffe, Repressalien und Gewalthandlungen gegenüber journalistisch Tätigen und Medienschaffenden und fordert mit Nachdruck die Beendigung der Straflosigkeit und dass die Drangsalierungen und Angriffe, die sich gegen journalistisch Tätige richten, von den afghanischen Behörden untersucht und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden;

32. *bekundet erneut ihr unbeirrtes Engagement* für die in der Verfassung Afghanistans verankerten Rechte der afghanischen Frauen und Mädchen sowie für die Förderung und den Schutz der uneingeschränkten Fähigkeit der Frauen zum gleichberechtigten Genuss ihrer Menschenrechte in Afghanistan, einschließlich der Beseitigung von Kinderheirat, Frühverheiratung und Zwangsheirat, und insbesondere für das fortbestehende Ziel der Gleichstellung aller Menschen ungeachtet ihres Geschlechts, die volle und gleichberechtigte Teilhabe der Frauen an allen Bereichen des afghanischen Lebens, darunter an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen, die Beseitigung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, auch gegenüber Kindern, und die Durchführung prinzipiengetreuer humanitärer Maßnahmen zugunsten schwacher und marginalisierter Gruppen, so auch durch Schutzgarantien und psychosoziale, finanzielle und institutionelle Unterstützungsangebote und Dienste und durch das Bestreben, alle Formen der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt zu beenden;

33. *würdigt* die Erfolge und die Bemühungen der Regierung, die Teilhabe und Übernahme von Führungsverantwortung von Frauen in politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen zu verbessern, die Diskriminierung zu bekämpfen und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu schützen und zu fördern, im Einklang mit ihren nationalen und internationalen Verpflichtungen und Zusagen, einschließlich und gemäß der Verfassung Afghanistans, einschließlich des Nationalen Aktionsplans für die Frauen Afghanistans, des afghanischen nationalen Aktionsplans für Frauen, Frieden und Sicherheit, des Gesetzes zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen und der nationalen Strategie zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte² und des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau³;

² Resolution 2017 A (III). In Deutsch verfügbar unter <http://www.un.org/Depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>.

³ United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1249, Nr. 20378. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1985 II S. 647; LGBI. 1996 Nr. 164; öBGBI. Nr. 443/1982; AS 1999 1579.

34. *begrüßt* die von der Regierung Afghanistans ergriffenen Maßnahmen zum Schutz des vollen und gleichberechtigten Genusses der Menschenrechte durch Frauen und Mädchen, insbesondere die Schaffung eines Sondersekretariats innerhalb der Unabhängigen Menschenrechtskommission Afghanistans mit dem Auftrag, Belästigungsvorwürfe von Frauen in staatlichen Stellen zu untersuchen, sowie die Ernennung von Botschafterinnen, Ministerinnen, stellvertretenden Ministerinnen, weiblichen Menschenrechtsbeauftragten und Leiterinnen von Wahlbehörden, einer Generalinspekteurin, von Bürgermeisterinnen, Staatsanwältinnen und Richterinnen sowie den jüngsten Beschluss des Kabinetts, in allen 34 Provinzen eine stellvertretende Gouverneurin zu ernennen;

35. *betont*, dass die Achtung der Rechte und Grundfreiheiten von Kindern in Afghanistan gewährleistet und alle schweren Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern infolge des andauernden bewaffneten Konflikts beendet und verhütet werden müssen, verurteilt die vermehrten Fälle der Tötung und Verstümmelung von Kindern und ihre fortgesetzte Entführung, Einziehung und Einsetzung und die Gewalt gegen Kinder und ihre sexuelle Ausbeutung, fordert die vollständige Durchführung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes⁴, des dazugehörigen Fakultativprotokolls betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie⁵ und des dazugehörigen Fakultativprotokolls betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten⁶ durch alle Vertragsstaaten sowie der Resolution 1612 (2005) des Sicherheitsrats vom 26. Juli 2005 und aller anderen späteren Resolutionen über Kinder und bewaffnete Konflikte und der Ratsresolutionen 1998 (2011) vom 12. Juli 2011 und 2286 (2016) vom 3. Mai 2016 über Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser, insbesondere durch terroristische und kriminelle Gruppen;

36. *würdigt* die Fortschritte, die die Regierung Afghanistans bei der Umsetzung des Aktionsplans zur Prävention der Einziehung Minderjähriger durch mit den afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräften verbundene Kräfte erzielt hat, sowie ihre diesbezüglichen Anstrengungen und Zusagen und ihre Fortschritte bei der Umsetzung des zusätzlichen Fahrplans für die Einhaltung des genannten Aktionsplans, der das überarbeitete Strafgesetzbuch umfasst und die Bestrafung derjenigen, die Verbrechen an Kindern, darunter auch die Praxis des Batscha Basi, begangen haben, sowie Rechtsvorschriften, die die Einziehung Minderjähriger und den Einsatz von Kindersoldaten verbieten und die Einrichtung, die materielle und personelle Ausstattung lokaler Kinderschutzgruppen, die Schulung ihres Personals und eine angemessene Beaufsichtigung vorsehen, fordert das Parlament Afghanistans mit Nachdruck auf, das Kinderschutzgesetz so bald wie möglich zu erlassen, um seine vollständige Anwendung durch die Regierung zu ermöglichen, fordert alle Parteien weiter auf, die Einziehung und den Einsatz von Kindern in ihren Reihen auf allen Ebenen zu beenden, und betont, dass Kinder nicht aufgrund von Beschuldigungen im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit inhaftiert werden dürfen, darunter gegebenenfalls Kinder, die ehemals oder durch Familienbande mit bewaffneten Gruppen verbunden waren oder sind, die von den Vereinten Nationen als terroristische Gruppen bezeichnet wurden, und wie wichtig es ist, Kinder in erster Linie als Opfer zu betrachten;

37. *verweist* auf die Resolutionen des Sicherheitsrats 2250 (2015) über die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und 2419 (2018) vom 6. Juni 2018 über

⁴ Ebd., Vol. 1577, Nr. 27531. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBL 1992 II S. 121; LGBL 1996 Nr. 163; öBGBL Nr. 7/1993; AS 1998 2055.

⁵ Ebd., Vol. 2171, Nr. 27531. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBL 2008 II S. 1222; LGBL 2013 Nr. 164; öBGBL III Nr. 93/2004; AS 2006 5441.

⁶ Ebd., Vol. 2173, Nr. 27531. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBL 2004 II S. 1354; LGBL 2005 Nr. 26; öBGBL III Nr. 92/2002; AS 2002 3579.

Jugend und Frieden und Sicherheit, bekräftigt die wichtige Rolle, die Jugendliche bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten spielen können, begrüßt die Ernennung der dritten Jugendvertreterin Afghanistans bei den Vereinten Nationen, anerkennt in dieser Hinsicht die Anstrengungen der Regierung Afghanistans zur Verstärkung der Vertretung Jugendlicher bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und ermutigt zur Fortführung der diesbezüglichen Anstrengungen;

38. *bringt erneut ihre Anerkennung* für die Verpflichtung der Regierung Afghanistans auf die Korruptionsbekämpfung *zum Ausdruck*, begrüßt in dieser Hinsicht ihre Reformbemühungen, darunter die Einrichtung der Kommission zur Korruptionsbekämpfung, der Erlass einschlägiger Rechtsvorschriften, einschließlich des Antikorruptionsgesetzes von 2018, und die Einrichtung entsprechender Institutionen in früheren Jahren, einschließlich des Büros der Ombudsperson, betont, dass anhaltende und wirksame Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung in Afghanistan für die Zukunft des Landes nach wie vor entscheidend sind, wie im vierten jährlichen Antikorruptionsbericht der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan vom Juni 2020 hervorgehoben, fordert die Regierung Afghanistans nachdrücklich auf, die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen zu berücksichtigen, entschlossen vorzugehen und die Umsetzung bereits verabschiedeter und weiterer Reformen zu beschleunigen, eine langfristige Strategie zu erarbeiten und umzusetzen, die auf bisher Erreichtem aufbaut, die Rechtsstaatlichkeit zu fördern, das Problem der Straflosigkeit von Korruption anzugehen und eine wirksamere, rechenschaftspflichtigere und transparentere staatliche Verwaltung auf der nationalen, Provinz- und Ortsebene zu schaffen, um so den Boden für einen dauerhaften Frieden und Wohlstand in der Zukunft zu bereiten, und fordert die internationale Gemeinschaft auf, die Anstrengungen Afghanistans zur Erreichung der Ziele im Bereich der Regierungsführung in dieser Hinsicht zu unterstützen;

Suchtstoffbekämpfung

39. *bekundet ihre anhaltende tiefe Sorge* darüber, dass der rechtswidrige Opiumanbau und die illegale Herstellung von Methamphetamin sowie der Konsum dieser Drogen und der illegale Handel damit die Sicherheit, die Entwicklung und die Regierungsführung in Afghanistan sowie in der Region und darüber hinaus weiter ernsthaft bedrohen und schädigen und dass diese Aktivitäten zudem erheblich zur Finanzierung terroristischer Gruppen beitragen können, in Anerkennung der wichtigen Rolle, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung in dieser Hinsicht spielt;

40. *begrüßt* die Maßnahmen der Regierung Afghanistans zur Bekämpfung der Drogenengewinnung in Afghanistan und fordert die Regierung Afghanistans auf, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und der regionalen Partner die Umsetzung der Nationalen Drogenkontrollstrategie zu beschleunigen, einschließlich durch Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden zur Beschlagnahme, Demontage und Vernichtung von Drogenbeständen und -labors und durch Programme für alternative Möglichkeiten der Existenzsicherung, sowie die Suchtstoffbekämpfung in alle nationalen Programme zu integrieren und entschlossen vorzugehen, um ihren Verpflichtungen zur Drogenbekämpfung im Rahmen bestehender Grundsatzdokumente nachzukommen;

41. *betont*, wie wichtig es ist, bei der Bewältigung des Drogenproblems in Afghanistan einen umfassenden und ausgewogenen Ansatz zu verfolgen, der, um wirksam zu sein, in den breiteren Rahmen der auf den Gebieten Sicherheit, Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, öffentliche Gesundheit sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklung durchgeführten Maßnahmen, insbesondere in ländlichen Gebieten, eingefügt sein muss, einschließlich der Erarbeitung besserer Programme für alternative Möglichkeiten der Existenzsicherung;

42. *nimmt mit großer Besorgnis Kenntnis* von der engen Verknüpfung zwischen dem Drogenhandel und den terroristischen Aktivitäten der Taliban, einschließlich des Haqqani-Netzwerks, sowie von Al-Qaida, der Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante (ISIL) (Daesh) und mit ihr verbundenen Organisationen, insbesondere ISIL-Provinz Khorasan, und anderen terroristischen Gruppen und ausländischen terroristischen Kämpfern, die eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit, die Rechtsstaatlichkeit und die Entwicklung in Afghanistan und in der Region darstellen, betont, wie wichtig in dieser Hinsicht die vollständige Durchführung aller einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats ist, namentlich der Resolutionen 2255 (2015) und 2368 (2017), und hebt in dieser Hinsicht hervor, dass der Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1988 (2011) und der Ausschuss nach den Resolutionen 1267 (1999), 1989 (2011) und 2253 (2015) ihre Aufmerksamkeit auch weiterhin auf die Verbindungen zwischen den Erträgen aus der organisierten Kriminalität, unter anderem der unerlaubten Gewinnung von Drogen und ihren chemischen Ausgangsstoffen und dem unerlaubten Handel damit, und der Finanzierung der Taliban, einschließlich des Haqqani-Netzwerks, beziehungsweise von ISIL (Daesh), Al-Qaida und mit ihnen verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen richten müssen;

43. *fordert* die internationale Gemeinschaft *auf*, der Regierung Afghanistans auch weiterhin bei der Umsetzung ihrer Nationalen Drogenkontrollstrategie und ihres Nationalen Drogenaktionsplans behilflich zu sein, wie auch bei ihren Maßnahmen zur Beseitigung des Anbaus, der Gewinnung und des Konsums unerlaubter Drogen und des illegalen Handels damit, die afghanischen Strafverfolgungs- und Strafjustizbehörden und die landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung zur Schaffung besserer alternativer legaler Existenzgrundlagen für Landwirtinnen und Landwirte und zur Förderung der Nachfragesenkung verstärkt zu unterstützen, die Öffentlichkeit für Fragen der Suchtstoffbekämpfung zu sensibilisieren und die Kapazitäten von Drogenkontrolleinrichtungen und Betreuungs- und Behandlungszentren für Menschen, die Drogen konsumieren, auszubauen, fordert die internationale Gemeinschaft erneut auf, die Finanzmittel für die Suchtstoffbekämpfung möglichst über die Regierung Afghanistans, das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und andere einschlägige Organisationen und Mechanismen zu leiten, stellt fest, dass dem Problem der unerlaubten Gewinnung, des illegalen Anbaus und Konsums von Suchtstoffen sowie des unerlaubten Handels damit ebenso wie dem Problem der Ausgangsstoffe ausgehend von dem Grundsatz der gemeinsamen und geteilten Verantwortung der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft begegnet werden soll, und begrüßt und unterstützt die diesbezüglichen internationalen und regionalen Projekte, Aktivitäten und Initiativen wie die Pariser-Pakt-Initiative;

44. *betont*, dass die Regierung mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und regionaler Partner weiter verstärkte gemeinsame, besser abgestimmte und entschlossener Anstrengungen unternehmen muss, um die anhaltenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Drogengewinnung und des Drogenhandels mittels eines ausgewogenen und integrierten Ansatzes zu intensivieren, im Einklang mit dem Grundsatz der gemeinsamen und geteilten Verantwortung bei der Bekämpfung des Drogenproblems Afghanistans;

Soziale und wirtschaftliche Entwicklung

45. *verweist* auf den Wunsch der Regierung und des Volkes Afghanistans, die Bedeutung des Landes als Plattform für internationale Zusammenarbeit wiederherzustellen, und begrüßt in dieser Hinsicht die Bemühungen regionaler und internationaler Partner und Organisationen, eine nachhaltige Entwicklung, die regionale Vernetzung und die Wiederherstellung voranzubringen, was für die Gewährleistung der Stabilität und des wirtschaftlichen Wohlstands in Afghanistan unverzichtbar ist;

46. *begrüßt* den Nationalen Rahmenplan für Frieden und Entwicklung in Afghanistan II, der am Partnerschaftsrahmen für Afghanistan ausgerichtet ist, als Teil der auf der Afghanistan-Konferenz von 2020 in Genf angenommenen neuen Hilfearchitektur, in dem die strategischen politischen Prioritäten der Regierung Afghanistans festgelegt sind und der als Leitlinie für ihre Reformaktivitäten im Rahmen der drei Säulen Friedenskonsolidierung, Staatsbildung und Aufbau des Marktes dient, mit dem Ziel, bis zum Ende der Transformationsdekade 2024 die Eigenständigkeit des Landes zu erhöhen;

47. *erneuert ihre Entschlossenheit* zur langfristigen Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans auf der Grundlage gegenseitiger Rechenschaft, wie im Partnerschaftsrahmen für Afghanistan erklärt und erneuert, appelliert eindringlich an alle Staaten, das System der Vereinten Nationen und die internationalen und nichtstaatlichen Organisationen, einschließlich der Finanzinstitutionen, Afghanistan auch weiterhin in enger Abstimmung mit der Regierung des Landes und im Einklang mit dem Nationalen Rahmenplan für Frieden und Entwicklung in Afghanistan II und den darin enthaltenen strategischen politischen Prioritäten jede mögliche und notwendige humanitäre, Wiederherstellungs-, Wiederaufbau-, Entwicklungs-, Finanz-, Bildungs-, technische und materielle Hilfe zu gewähren, und unterstreicht die entscheidende Bedeutung der fortgesetzten und zeitlich abgestuften Umsetzung der Reformagenda, der politischen Prioritäten und der Ziele bezüglich Entwicklung und Regierungsführung gemäß dem Partnerschaftsrahmen für Afghanistan;

48. *erkennt an*, dass Afghanistan sich in den letzten Jahren mit fester Unterstützung der internationalen Gemeinschaft beträchtlich weiterentwickelt und bedeutende Fortschritte erzielt hat, bekundet ihre Unterstützung für die Bekräftigung und Festigung der Partnerschaft zwischen Afghanistan und der internationalen Gemeinschaft während der gesamten Transformationsdekade (2015-2024), in deren Verlauf Afghanistan seine Souveränität durch die Stärkung eines voll funktionierenden, tragfähigen Staates im Dienste seines Volkes festigen wird, legt der Regierung Afghanistans eindringlich nahe, alle Teile der afghanischen Gesellschaft, insbesondere die Frauen, in die Erarbeitung und Durchführung von Soforthilfe-, Rehabilitations-, Wiederherstellungs- und Wiederaufbauprogrammen einzubeziehen, und ermutigt zur weiteren Durchführung des nationalen Prioritätenprogramms zur Stärkung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung der Frauen;

49. *begrüßt* die Fortschritte bei der Umsetzung der Rahmenvereinbarung über Eigenständigkeit durch gegenseitige Rechenschaft und die Zusage zur Fortführung der Reformen, die mit dem Partnerschaftsrahmen für Afghanistan auf der Afghanistan-Konferenz von 2020 in Genf vereinbart und bestätigt wurden, sowie den Kontrollmechanismus, der in diesem Rahmen vorgesehen ist, in dem die Regierung Afghanistans ihre Verpflichtung zur Stärkung der Regierungsführung, auf dem Fundament der Menschenrechte, und der Rechtsstaatlichkeit und zum Schutz und zur Förderung der Rechte der Frauen und Mädchen, zur Korruptionsbekämpfung und zur Einhaltung der Verfassung Afghanistans bekräftigte und sie als unverzichtbar für dauerhaftes Wachstum und dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung betrachtete und in dem sich die internationalen Partner verpflichteten, die Transparenz in ihrer Kommunikation und Berichterstattung zu erhöhen und in dem die Regierung Afghanistans und die internationalen Partner sich darauf einigten, das Portfolio der Hilfeleistungen regelmäßig zu überprüfen, in einem Geist der Gewährleistung der Zielausrichtung von außerhalb des Haushalts bereitgestellten Finanzhilfen und der Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung;

50. *lobt* die Regierung Afghanistans dafür, dass sie ihre Entwicklungsstrategie an der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung⁷ ausgerichtet hat, und fordert die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, die Regierung bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu unterstützen;

51. *lobt* die Regierung Afghanistans *außerdem* für die Verbesserung der Haushaltstransparenz und für ihre Anstrengungen, einen tragfähigen Haushalt zu erreichen, nimmt Kenntnis von den noch zu bewältigenden Herausforderungen und fordert mit Nachdruck fortgesetzte Anstrengungen zur Erreichung der Ziele bei den Staatseinnahmen;

52. *ist sich* der Notwendigkeit weiterer Verbesserungen der Lebensbedingungen des afghanischen Volkes *bewusst* und betont, dass die Entwicklung der Fähigkeit der Regierung Afghanistans, auf nationaler, Provinz- und Ortsebene soziale Grunddienste zu erbringen, insbesondere auf dem Gebiet der Bildung und der öffentlichen Gesundheit, gestärkt und unterstützt werden muss;

53. *erklärt erneut*, wie notwendig es ist, dass den afghanischen Kindern, insbesondere den Mädchen, in allen Teilen des Landes Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen zur Verfügung stehen, und begrüßt die im öffentlichen Bildungssektor erzielten Fortschritte;

54. *nimmt mit Besorgnis Kenntnis* von der desolaten humanitären Lage in Afghanistan, wo sich Millionen Menschen einer Ernährungsunsicherheit auf Notstandsniveau gegenübersehen, die durch die Folgen der COVID-19-Pandemie noch verschärft wird, und wo Hunderttausende Afghaninnen und Afghanen durch zunehmende Gewalt und Konflikte neu vertrieben wurden, und fordert die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, die notwendige Unterstützung bereitzustellen zu helfen und in Zusammenarbeit mit der Regierung Afghanistans und den humanitären Organisationen den im Plan für humanitäre Maßnahmen festgestellten Bedarf wirksam zu decken; dieser Plan wurde vor dem Hintergrund der Pandemie, die eine enorme Herausforderung für das Gesundheitswesen, die sozioökonomische und die humanitäre Lage Afghanistans darstellt, aktualisiert;

55. *ist sich dessen bewusst*, dass gegen die Auswirkungen von Klimaänderungen, Naturkatastrophen und Umweltproblemen in Afghanistan vorgegangen werden muss, und betont, dass Maßnahmen auf lokaler, subnationaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene erforderlich sind, um die Bemühungen zum Aufbau von Resilienz zu verstärken, insbesondere in Bezug auf die am stärksten gefährdeten Menschen, indem in Resilienz, insbesondere in die Katastrophenvorsorge, investiert, die Anpassungsstrategien gestärkt und die gemeinsamen Risikobewertungen und Risikomanagementstrategien verbessert werden, einschließlich Maßnahmen zur Überwachung von Umweltveränderungen, um die Auswirkungen von Naturkatastrophen und die durch sie verursachten Kosten zu verringern;

Flüchtlinge

56. *dankt* den Regierungen der Länder, die weiter afghanische Flüchtlinge aufnehmen, insbesondere Pakistan und der Islamischen Republik Iran, ist sich der enormen Belastung bewusst, die sie bisher in dieser Hinsicht auf sich genommen haben, bittet die internationale Gemeinschaft, weiter großzügige Hilfe zu leisten, und bittet außerdem die zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen und die Internationale Organisation für Migration, auch weiterhin eng

⁷ Resolution 70/1.

mit Afghanistan und den Ländern, die afghanische Flüchtlinge aufgenommen haben, zusammenarbeiten, um deren freiwillige, sichere und würdevolle Rückkehr und dauerhafte Wiedereingliederung zu erleichtern;

57. *bringt ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck*, dass die Zahl der Binnenvertriebenen in und der Flüchtlinge aus Afghanistan gestiegen ist, betont, dass Stabilität und Entwicklung in Afghanistan herbeigeführt werden können, wenn die Bürgerinnen und Bürger des Landes innerhalb Afghanistans in Frieden leben können und eine Zukunft für sich erkennen, erinnert die Aufnahmeländer und die internationale Gemeinschaft erneut an die jeweiligen Verpflichtungen der Staaten nach dem Flüchtlingsvölkerrecht betreffend den Schutz von Flüchtlingen, fordert die Staaten auf, den Grundsatz der freiwilligen Rückkehr und das Recht, Asyl zu suchen, zu achten und humanitären Hilfsorganisationen vollen, sicheren und ungehinderten Zugang zu gewähren, damit Binnenvertriebene und Flüchtlinge Schutz und Hilfe erhalten, und fordert die Länder auf, als Ausdruck ihrer gemeinsamen Verantwortung und Solidarität auch weiterhin eine angemessene Zahl afghanischer Flüchtlinge zur Neuansiedlung aufzunehmen;

58. *begrüßt* die von der Regierung Afghanistans eingegangene Verpflichtung, die Rückkehr und Wiedereingliederung der afghanischen Flüchtlinge, einschließlich ihrer freiwilligen Rückkehr in Sicherheit und Würde und ihrer dauerhaften Wiedereinbindung in die nationale Entwicklungsplanung und die Prioritätensetzung, zu einer ihrer höchsten nationalen Prioritäten zu machen, und befürwortet und unterstützt alle Anstrengungen der Regierung zur weiteren Durchführung des Zusatzprotokolls gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität⁸;

59. *bekräftigt ihre nachdrückliche Unterstützung* für die Umsetzung der Lösungsstrategie für afghanische Flüchtlinge zur Unterstützung der freiwilligen Rückkehr, der dauerhaften Wiedereingliederung und der Hilfe für Aufnahmeländer, die von der internationalen Gemeinschaft 2012 gebilligt wurde;

60. *begrüßt*, dass afghanische Flüchtlinge und Binnenvertriebene weiter freiwillig, in Sicherheit und Würde und auf Dauer zurückkehren, nimmt jedoch gleichzeitig mit Besorgnis von den Sicherheitsproblemen Afghanistans Kenntnis;

Regionale Zusammenarbeit

61. *unterstreicht*, wie entscheidend wichtig es ist, eine konstruktive und nachhaltige regionale Zusammenarbeit als wirksames Mittel zur Förderung und Ergänzung des Friedens, der Sicherheit, der Stabilität und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und der Schaffung von Arbeitsplätzen in Afghanistan und in der Region voranzubringen, anerkennt in dieser Hinsicht die Bedeutung des Beitrags der Partner in den Nachbarländern und in der Region sowie der Regionalorganisationen, begrüßt das fortgesetzte Engagement der internationalen Gemeinschaft für die Unterstützung der Stabilität und der Entwicklung Afghanistans, spricht sich für eine weitere Verbesserung der Beziehungen und ein stärkeres Zusammenwirken zwischen Afghanistan und seinen Nachbarn aus, fordert weitere diesbezügliche Anstrengungen, so auch im Rahmen des „Herz-Asiens“-Prozesses von Istanbul über regionale Sicherheit und Zusammenarbeit für ein sicheres und stabiles Afghanistan, und begrüßt andere diesbezügliche internationale und regionale Initiativen;

⁸ United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2241, Nr. 39574. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2005 II S. 954, 1007; LGBI. 2008 Nr. 73; öBGBI. III Nr. 11/2008; AS 2006 5899.

62. *begrüßt* die wichtigen Initiativen zugunsten der regionalen Vernetzung, namentlich im Rahmen der fortgesetzten Zusammenarbeit unter der Schirmherrschaft des Programms für regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit in Zentralasien und der Konferenz über regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Afghanistan, und die vertrauensbildenden Maßnahmen des „Herz-Asiens“-Prozesses, die eine Verstärkung des Handels in der Region fördern sollen;

63. *betont* in dieser Hinsicht, wie wichtig es ist, die lokalen und regionalen Verkehrsnetze zu stärken, durch die die Verkehrsanbindung im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung, der Stabilität und der Eigenständigkeit gefördert wird, insbesondere durch die Fertigstellung und Unterhaltung örtlicher Eisenbahn- und Überlandstrecken, die Entwicklung regionaler Projekte zur Förderung der weiteren Verkehrsanbindung und die Steigerung der Kapazitäten auf dem Gebiet des internationalen Zivilluftverkehrs, und würdigt alle Initiativen und Bemühungen zur Förderung der regionalen Kooperation, Partnerschaften und Vernetzung auf der Grundlage von Transparenz, Offenheit und Inklusivität, mit dem Ziel, den Dialog und die Zusammenarbeit zu verstärken und so gemeinsame Wirtschaftsentwicklungsziele in der gesamten Region zu fördern;

64. *begrüßt und fordert eindringlich* weitere Anstrengungen zur Stärkung des Prozesses der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, begrüßt außerdem die gemeinsamen Anstrengungen zur Verstärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit und zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der gesamten Region, darunter Maßnahmen zur Erleichterung der Vernetzung, des Handels und des Transits in der Region, einer erweiterten konsularischen Zusammenarbeit bei der Ausstellung von Visa und der Erleichterung von Geschäftsreisen, zur Erweiterung des Handels, zur Erhöhung der Auslandsinvestitionen und zum Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der infrastrukturellen Anbindung, der Energieversorgung, des Verkehrs und des integrierten Grenzmanagements, mit dem Ziel, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Afghanistan und der Region zu fördern, verweist auf die historische Rolle Afghanistans als Landbrücke in Asien, erinnert daran, dass eine regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit dieser Art eine wichtige Rolle bei der Herbeiführung von Stabilität und Entwicklung in Afghanistan spielt, legt in dieser Hinsicht allen maßgeblichen Interessenträgern eindringlich nahe, ein geeignetes und sicheres Umfeld zu schaffen, damit diese Entwicklungsinitiativen und Handelsabkommen vollständig durchgeführt werden können, begrüßt die durch diese Initiativen und Projekte erzielten Fortschritte und fordert alle Länder der Region zur Erleichterung des Handels und des Transits auf;

Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan und Gemeinsamer Koordinierungs- und Überwachungsrat

65. *bekundet ihre Anerkennung* für die Ernennung der neuen Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und für die Arbeit, die die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan im Rahmen des vom Sicherheitsrat in seiner Resolution [2543 \(2020\)](#) erteilten Mandats leistet, betont, wie wichtig auch weiterhin die zentrale und unparteiische Koordinierungsrolle der Vereinten Nationen bei der Förderung eines kohärenteren internationalen Engagements ist, und erkennt an, dass dem Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrat in dieser Hinsicht eine zentrale Rolle zukommt;

66. *fordert* die weitere Umsetzung der Empfehlungen des Generalsekretärs mit dem Ziel, die Bemühungen um Frieden zu unterstützen und für mehr Koordinierung, Kohärenz und Effizienz bei den jeweiligen Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen zu sorgen, auf der Grundlage des Konzepts der einheitlichen Präsenz der Vereinten Nationen und entsprechend der Reformagenda und den politischen Prioritäten der Regierung Afghanistans;

67. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin alle drei Monate über die Entwicklungen in Afghanistan sowie über den Stand der Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

68. *beschließt*, den Punkt „Die Situation in Afghanistan“ in die vorläufige Tagesordnung ihrer siebenundsiebzigsten Tagung aufzunehmen.

*40. Plenarsitzung
10. Dezember 2020*
